

Die Amsel

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amsel“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849.

Immer strebe zum Ganzen und lassst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schliesst an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei
Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,
Betrag vorher einsehen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Das gewerkschaftliche Zeitalter bricht an.

Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft und ein Blick in die Zukunft lassen es nicht vermessen erscheinen, von einem kommenden Zeitalter der Gewerkschaften zu sprechen. So schwer auch die Wirtschaftskrise auf der deutschen Arbeiterbewegung lastet, so haben wir doch keinen Grund, den Mut zu verlieren, sondern gerade jetzt sollte der Glaube an unsere Arbeit die Erkenntnis in uns festigen, daß dieser so großen, scheinbar schwingungslos und dem Nichts näher zu rücken scheinenden Gewerkschaftsbewegung die Zukunft gehört und gehören muß.

Die deutsche Wirtschaft macht eine tiefgreifende Umwälzung durch. Neue Wege, wohin man blickt, neue Probleme, die der Lösung harren, allerorten. Und in diese Umwelt, inmitten der revolutionären Zuckungen einer technisch rasch voranschreitenden Zeit, ist auch die deutsche Arbeiterklasse gestellt. Es erscheint notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterklasse hierzu in den nächsten Jahren aufpassen muß, will sie nicht, wie schon so oft, eine günstige Gelegenheit verpassen. Rationalisierung, Umstellung, so erbt es auf Massen und Märkten! Technische Vervollständigung des Arbeitsprozesses, die vorwärts vor allem Freisetzung von Arbeitskräften bedeutet. Aber wenn auch die Rationalisierung vor allem die Maschine in den Vordergrund stellen wird und die Arbeitsweise noch mehr als bisher mechanisieren will, so gilt auch heute noch das, was unser verstorbenen Kollege und Freund Karl Legien vor 18 Jahren auf dem Gewerkschaftstongress in Hamburg ausführte:

Der intelligenteste, kapitalträchtigste Unternehmer würde die Produktion nicht vollziehen können, wenn er nicht über eine intelligente Arbeiterklasse verfügte, und daß die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Intelligenz gekommen ist, das danken sie nicht den Herrschenden, sondern ihrer eigenen Erziehung, ihrer Organisation.

Und 1915 schreibt Karl Legien in dem Buche „Die Arbeiter-
schaft im neuen Deutschland“:

„Unsere Industrie stellt in bezug auf geistige Befähigung heute Anforderungen an die Masse der Arbeiter, wie nie zuvor. In dem modernen Produktionsprozeß kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz ansükllen.“

Diese Worte (sie sind zu finden in dem äußerst lesenswerten Aufsatz „Gewerkschaften und Volk“ von der Kollege Leipziger anlässlich des fünften Todestages Karl Legiens im Heft 1 der „Arbeit“ 1926 veröffentlicht) gelten auch auf die kommende Zeit der Rationalisierung. Die den Unternehmern vor-
schwebende Umstellung der Industrie wird nur dann sich erfolgreich durchsetzen können, wenn die Arbeiterklasse nicht als ein lästiges Anhängsel, das man möglichst restlos auszuschalten sucht, sondern als mittätiges und vollwertiges Glied betrachtet wird.

Je doch kann diese Rolle im Produktionsprozeß von der Arbeiter-
schaft nur erfüllt werden, wenn die Gewerkschaften, dieses schließte Wand der organisierten Arbeiterklasse, stark und fräftig genug sind, in diesem Umstellungsprozeß die Führung zu übernehmen. Nicht der einzelne Arbeiter, nicht die „Arbeits-
gemeinschaft von unten auf“, wie man die gelben Werkvereine der neueren Zeit bezeichnet, kann hier etwas vollbringen, sondern nur die geschulte, disziplinierte und organisierte Arbeiterklasse. Und das können nur die Gewerkschaften sein. So mag denn die Rationalisierung kommen, sie wird und muß die deutsche Arbeiterklasse gewappnet finden.

Noch ein anderes Merkmal der nächsten Jahre sollte beachtet und in den Kreis der Kalkulation gezogen werden: die durch den Geburtenanstieg des Krieges herbeigeführte Knappheit von Arbeitskräften. Bekanntlich hat der Krieg nicht nur Menschen in großer Zahl hinweggerafft, sondern er hat auch die Menschenteime an der Entfaltung gehindert. Diese Periode auf dem deutschen Arbeitsmarkt tritt ab 1929 in Erscheinung und wird bis zum Jahre 1934 anhalten. Die Unternehmer eben dieser Periode mit einiger Angst entgegen; sie glauben, daß die Gewerkschaften in dieser Zeit riefenstark werden könnten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde fördern sie die Rationalisierung, um den lebendigen Menschen im Produktions-
prozeß möglichst auszuschalten. Das, was in Amerika sich als der größte Hebel zur Erreichung eines besseren Lebensstandards erwies, die Menschenknappheit, kann sich in abgeschwächter Form in den nächsten Jahren bei uns abspielen. Will jemand wissen, daß die Gewerkschaften noch nie so notwendig waren als in der kommenden Periode? Will jemand bestreiten, daß die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie dann nicht auf dem Posten ist, etwas ausschlägt, was ihr, um mit Schiller zu reden, keine Wichtigkeit zurückbringt? Wenn dies nicht bestritten wird, stärkt ihre Kraft mit und durch die Gewerkschaften!

Wie sieht es nun politisch aus? Auch hier dürfen wir nicht in hoffnungslosen pessimismus verfallen. In dem bereits erwähnten Aufsatz findet der Herr Leipziger über den demokratischen Staat treffende Worte, wenn er schreibt: „Für den demokratischen Staat ist es aber eine Notwendigkeit, daß er von Wirtschaftspolitik treibt für das Volk. Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitsstaat von früher, sondern soll der Volksstaat sein. Als solcher ist der demokratische Staat gezwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitsstaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muß aber auch um seiner selbst willen seinen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Denn Demokratie im Staat und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung haben will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeföhrt wird.“

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist die Herkules-
arbeit, die die neue Zeit der Arbeiterchaft in die Wiege gelegt hat. Eine schwerere Arbeit wurde der Arbeiterchaft noch in einer Geschichtssperiode zugemutet. Sie ist nur von entschlossenen Männern, denen wirtschaftliche Erkenntnis voran-
schwebt, zu leisten. Und diese Männer können ihre Kraft nur aus dem ewig jungen Born der Organisation schöpfen. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Schule, aus der die Führer der Wirtschaft von Arbeiterschaft her hervorgehen können. Daß alle bei alledem beachtet werden.

Und wie sieht die Welt aus, wenn wir sie von der hohen Warte der internationalen Bewegung betrachten? Und hier

bieten gerade die letzten Tage wichtige Anhaltspunkte, die Zukunft voranzusehen und beurteilen zu können. Die Tagung des Internationalen Arbeitsamts ist vorüber, wo Arbeiterführer von der Plattform einer international gefestigten Organisation die Grundzüge der Sozialpolitik hervorheben und gegen Unternehmervertreter verteidigen konnten. Der Achtstundentag, dieses hehre Ziel, soll geteilt in allen Industrieländern verankert werden. Noch seien die Unternehmer aller Länder, und wohl am lauteften die deutschen, Gift und Galle gegen dieses bevorstehende Ereignis. Es wird ihnen nichts nützen, sie werden nachgeben müssen. Doch eine international gefestigte und eng verbundene Gewerkschaftsbewegung wird die internationale Sozialpolitik um kein Zota vorwärts gebracht werden können.

Doch in derselben Stadt, wo das Internationale Arbeits-
amt tagte, wurde fast zur gleichen Zeit die Weltwirtschafts-
konferenz eröffnet. Und dort saßen neben Vertretern der Unternehmer und der Regierungen Arbeiter. Gleichberechtigt wie jene sind sie berufen, das große Gebiet der internationalen Wirtschaft zu durchforschen, Vorschläge zu formulieren, die der lebendigen Arbeitskraft in der sich anbahnenden neuen Organisation der Weltwirtschaft mehr Geltung und ein fundiertes Recht verschaffen sollen. Auch diese Arbeit wird geleistet werden können, wenn zu Hause jeder einzelne an seinem Platz die Arbeit verrichtet, die ihm zugewiesen ist und auf der er etwas zu leisten vermag. Von unten auf, ausstrahlend bis in die internationalen Konferenzzimmer, muß ein lebendiger Obem die Gewerkschaftsbewegung durchdringen. Davon sollte jeder Kollege in Fabrik und Werkstatt, Schacht und Hütte, Kontor und Zeichenaal durchdrungen sein.

Die Leser, die uns bisher gefolgt sind, werden mit uns der Meinung sein, daß man mit Zug und Recht von dem kommenden Zeitalter der Gewerkschaftsbewegung sprechen darf. Das Rad der Zeit läßt sich nicht zurückdrehen. Alles, was wir heute nur in teilweise primitiven Anfängen sehen, wird weiter und weiter fortschreiten und der endgültigen Lösung entgegengehen oder getrieben werden müssen. Nun liegt es an der Masse, ihre geschichtliche Mission zu erkennen und mit der ganzen Leidenschaft, die einer kämpfenden und von ihrer Sache durchdrungenen Gruppe innewohnt, dafür zu wirken, daß ihre Kraft sich vertausfende, auf daß der Weg verkürzt werden kann. Und diese Kraft liegt in der Gewerkschaftsbewegung.

Nicht Lohnkürzung, nur Stärkung der Kaufkraft rettet die Wirtschaft.

Die deutschen Erwerbsgesellschaften haben für das Ge-
schäftsjahr 1925 im allgemeinen überraschend gute Abschlüsse aufzuweisen. Fast in allen Fällen konnte der Hohertrag der Betriebe gegenüber dem Vorjahr und auch gegenüber dem Jahre 1914 ganz bedeutend gesteigert werden. Hand in Hand damit ging eine Senkung der Generalunkosten. Der so erzielte höhere Reingewinn gestattete vielen Aktiengesellschaften, eine recht ansehnliche Dividende auszuschütten, die vielfach über 12 Prozent hinausgeht. Dividenden in Höhe von 15 bis 18 Proz. sind z. B. in der Brauerei- und Textilindustrie und im Braunkohlenbergbau keine Seltenheit. Auch da, wo die Geschäfts-
abschlüsse buhmäßig Verluste aufweisen, sind diese durchweg auf Grund der Abschreibungen entstanden. Das trifft z. B. auf die Firma Krupp-Essen zu, deren viel erörterter 15-Millionen-Mark-Verlust im Jahre 1925 einzig und allein auf Abschreibungen zurückzuführen ist. Sicherlich gibt es auch Abschlüsse, die wirkliche Verluste aufweisen. Es sind Fälle bekannt geworden, die von einem Verlust eines nicht unerheblichen Teiles des Aktienkapitals zu berichten wissen. Diese Entwicklung ist aber dahin zu bewerten, daß die in Frage kommenden Betriebe sofort nach der Umstellung auf Goldmark und nach der Inflations mit einer zu großen und vor allen Dingen unrentablen Substanz arbeiteten. Die Substanz stand nicht im gesunden Verhältnis zu dem Ertrag des Unternehmens. Der Kapital-
verlust, der eine abermalige Zusammenlegung des Aktienkapitals notwendig macht, ist also auf die Belastung des Betriebs mit unrentablen Substanz, nicht aber auf den Geschäftsgang selbst zurückzuführen. So war das Jahr 1925 im großen und ganzen ein sehr reiches für die deutschen Unternehmer, Aufsichtsräte und Aktionäre.

Sieht man die Geschäftsabschlüsse für das Jahr 1925 durch, so fällt vor allem folgendes auf: Es sind überall sehr starke Abschreibungen vorgenommen worden. Dazu treten fast überall ganz erhebliche Rückstellungen. Diese Entwicklung bedeutet einerseits eine Vermehrung der sogenannten Eigenmittel unserer Aktiengesellschaften, andererseits eine Steigerung der Anlagewerte. Gerade die Tendenz, die Anlagewerte zu steigern, tritt besonders in den Vordergrund. Fast in jeder Bilanz für das Jahr 1925 ist eine ganz erhebliche Vermehrung der Anlagen gegenüber der Goldmarkbilanz festzustellen. Es ist anzunehmen, daß sich die Anlagen in viel größerem Ausmaß vermehrt haben als die Bilanzen ergeben, da bei vielen Firmen die Neuananschaffungskosten für Maschinen, Transportanlagen usw. aus den allgemeinen Unkosten bestritten worden sind, wodurch sich das bei vielen Firmen festzustellende starke Anwachsen der sogenannten Generalunkosten erklären dürfte.

Die Neigung, eine Vermehrung bezw. Verbesserung der Anlagen vorzunehmen, ist durch den im Gang befindlichen Rationalisierungsprozeß begründet. Jede Krise zwingt den Privatunternehmer zu einer Verbesserung seines Betriebes, um sich auf dem Weltmarkt und auch auf dem Binnenmarkt behaupten zu können. In die Wirtschaftskrise 1925/26 fiel aber der Umstellungsprozeß der deutschen Produktion. Vor allen Dingen ergab sich für die Betriebe die Notwendigkeit der Einführung neuer Arbeitsmethoden (Flieharbeit). Diese Einführung bedingte nicht nur bestimmte Veränderungen im Fertigungs-
prozeß, sondern auch die Anlage von Transportvorrichtungen für die fliehende Fertigung und weiter die vermehrte Anschaffung von Werkzeugmaschinen. An und für sich bedeutet das eine Konsolidierung, eine innere Kräftigung und Stärkung unserer Betriebe, die in ihrer Auswirkung der gesamten Wirtschaft und der Gesamtheit zugute kommen muß.

Entscheidend für die ganze Frage ist, wann und ob diese Auswirkungen bald eintreten. Der modern eingerichtete Betrieb kann und muß unrentabel arbeiten, wenn die in ihm erzeugten Waren keinen Absatz finden. Für die gegenwärtige Situation ist wohl festzustellen, daß unsere Erwerbsgesellschaften ihre Leistungsfähigkeit auf Grund der vorgenommenen technischen Verbesserung stark gesteigert haben; jedoch ist mit der Steigerung der Leistung, der Mehrproduktion, keine Verbilligung der Produktion eingetreten. Die Zusammenhänge werden wohl am besten durch das Schicksal der Lutherischen Preisabbauktion gekennzeichnet. Das Programm des Reichsministers Luther, auf eine Senkung der Warenpreise hinzuwirken, war der geebnete Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise durch Stärkung der Kaufkraft, das auch die Durchführung des Rationalisierungsprogramms in weitestem Umfange ermöglicht hätte. Nachdem sich das Preisabbauprogramm der Regierung aber als bloßer Bluff erwiesen hat, mußte naturgemäß eine Verschärfung der Krise und Hemmungen im Rationalisierungsprozeß eintreten. In dieses Kapitel fällt vorläufig die Steigerung der Anlagewerte, von denen die Bilanzen unserer Erwerbsgesellschaften zu berichten wissen. Sie stellen eine Steigerung unserer Leistungsfähigkeit und unserer Produktion dar, ohne daß für diese Mehrzeugung an Waren der notwendige Markt vorhanden ist. Das Ergebnis ist die gespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Luther befindet sich im Schlepptau des deutschen Unternehmertums und zwar des rückständigsten Teils des deutschen Unternehmertums. Man verkennt aber dabei, daß das heute kann mehr anzuzweifelnbe Schicksal dieser Wirtschaftspolitik, die früher oder später in Katastrophe und Zusammenbruch enden muß, zugleich das Schicksal unserer Erwerbsgesellschaften sein wird. Man hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise des öfteren als Rationalisierungs-
krise bezeichnet und hat damit gemeint, daß der fehlende Absatz die ganze vorgenommene Rationalisierungsarbeit wertlos gemacht hat. In Wirklichkeit hat man auch in den deutschen Erwerbsgesellschaften Millionen in die technische Umstellungsarbeit gesteckt, die heute, da mit dem vergrößerten Warenabsatz auch die Rentabilität wegfällt, einen nicht unbeträchtlichen Kapitalverlust bedeutet. So sind die vermehrten Anlagewerte, wie sie aus den Bilanzen der deutschen Erwerbsgesellschaften hervor-
gehen, zu betrachten.

Das deutsche Unternehmertum, das sich anscheinend hoffnungslos auf eine künstliche Beengung des Warenab Absatzmarktes infolge der Politik übersehener Preise verbißsen hat, muß, wenn es die in die Steigerung der Anlagewerte hineingesteckten Millionen in den nächsten Jahren nicht als glatten Verlust buchen will, zu einer vollen Verwertung der neuen Anlagen kommen. Das geht aber nur durch eine Erweiterung des Binnenmarktes auf Grund angemessener Preise. Die Stärkung der Kaufkraft ist für das deutsche Unternehmertum, volkswirtschaftlich gesehen, das einzige Mittel der Selbstrettung. Von dieser Erkenntnis scheint man aber im Unternehmerlager noch sehr weit entfernt zu sein. Jedenfalls wagt man sich heute noch in der trügerischen Hoffnung, durch Lohnkürzungen die Situation retten zu können. Da man andererseits aber den übersehten Preisstand behaupten will, bedeutet die allgemeine Lohnkürzung nichts anderes als eine neue Schwächung der Kaufkraft. Das größte Alibi der deutschen Wirtschaft ist die Kaufkraft der Millionenbevölkerung in Deutschland. Treibt man mit ihm auf Grund unzureichender Löhne und übersehener Preise Raubbau, so schaufelt man sich selbst das Grab.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Gelüste des deutschen Unternehmertums nach Lohnkürzungsabsichtaten zu bewerten.

Warum Fabrikarbeiterverband und nicht Baugewerksbund?

Bei der Diskussion über die Verschmelzungsfrage in der Nachkriegszeit traten zwei Verlangen in den Vordergrund, eines, das man als das offizielle bezeichnen kann und das mit den Glasarbeitern den Anschlag an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands unter späterem Hinzukommen der Töpfer als die gegebene Notwendigkeit erachtet, und eines, das den Anschlag an den Baugewerksbund für richtig hält, um dort mit den schon im Baugewerksbund vorhandenen Töpfern eine keramische Gruppe zu bilden.

Bei beiden Großorganisationen sprechen Gründe für einen Anschlag. Welches sind nun die ausschlaggebenden für ein Zusammengehen mit den Fabrikarbeitern?

In erster Linie selbstverständlich der Auftrag der General-
versammlung durch Annahme des Antrages 73, Dresden, und der dazugehörigen Deklaration, wonach der Zusammenschluß aller Keramarbeiter als notwendig erachtet wurde. Und dann die gewerkschaftliche Wichtigkeit dieser bedingten und von allen Kennern anerkannten Entwicklung. Auf diese beiden Punkte muß Wert gelegt werden. Bei einer für die gewerkschaftliche Konzentration einer größeren Zahl von Berufsgruppen so wichtigen Angelegenheit, die weit über unsere engeren Organisationsverhältnisse hinausragt, kommt es schon darauf an, daß der richtige Weg eingehalten wird.

Diese beiden richtunggebenden Hauptpunkte galten als bestimmend für die verantwortlichen Gewerkschaftsführer der bei unserer Verschmelzung in Frage kommenden Organisationen (Fabrikarbeiterverband wegen 100 000 Keramarbeiter, Baugewerksbund wegen einiger Tausend Töpfer, Glasarbeiter und Porzellanarbeiter) und den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß sie persönliche und eigene Verbandsinteressen dem allgemeinen Gewerkschaftswohl unterordneten. Das muß auch für unsere Funktionäre und Mitglieder gelten; selbst wenn es dem einen oder anderen wider das Gefühl geht.

Zum Beweis und zur Bekräftigung der Haltung unseres Vorstandes und Beirates, daß er für die gewerkschaftlich-notwendige Entwicklung in der Verschmelzungsfrage tätig war, wollen wir der Kollegenschaft unterbreiten, was der Kollege G. E. des Glasarbeiterverbandes im „Fachsossen“, Nr. 18, schreibt. Dort heißt es:

„Ein Teil unserer Mitglieder glaubt, daß ein Aufgehen im Baugewerksbund auch heute noch möglich ist, daselbe trifft auch teilweise auf die Porzellanarbeiter zu, wie aus den Versammlungs-

lungsberichten in den Nr. 15 und 16 der „Ameise“, des Verbandsorgans der Porzellanarbeiter, ersichtlich ist. Diese Einstellung muß durch das Aufzeigen der Tatsachen zerstört werden. Zur Entscheidung steht nicht: Baugewerksbund oder Fabrikarbeiterverband, sondern: Verschmelzung oder nicht! Das soll in folgendem kurz nachgewiesen werden. Hierbei soll nicht auf die Gründe eingegangen werden, die die veränderte Haltung des Baugewerksbundes vorantreiben veranlaßt haben können; dieselben nicht auf all die unliebsamen Auslösungen und Begleiterscheinungen.

Auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau war ich unfreiwilliger Hörer, wie der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Kollege Paepflow, in einer Unterhaltung sagte: „Wir werden die Glasarbeiter schon dahin bringen, wohin sie gehören!“ Diese, ausnehmend mehr im Scherz gesprochenen Worte ließen damals jede Deutung zu. Heute ergäßen sie das Bild, das wir in der Verbandskonferenz (im November 1925) von der Auffassung der Vertreter des Baugewerksbundes gewonnen haben. In dieser Konferenz verlangten Vertreter unserer Organisation mit aller Entschiedenheit die Durchführung des Anschlusses. Aber auch diesen gegenüber wiederholte Kollege Paepflow immer wieder: „Wir wünschen eine organische Entwicklung und wenn ihr Glasarbeiter nicht das Herz, wenn ihr den Verband sprechen läßt, dann führt er neuer Weg zum Fabrikarbeiterverband. Wir würden uns freuen, sagen zu dürfen, daß auch wir an dieser Lösung mitgearbeitet haben.“

Der anwesende Vertreter des UGW, Kollege Graßmann, erklärte auf Befragen, daß auch er, ohne den Entscheidungen vorzugehen zu wollen, diesen Weg für den richtigen halte. Mit dem 29. November 1925 muß daher, davor dürfen wir die Augen nicht verschließen, die Zeit der Auseinandersetzung über die Frage der Verschmelzung mit dem Baugewerksbund als abgeschlossen gelten. Hier gibt es kein Zurück! Der Weg ist für eine andere Lösung freigemacht. Unsere Verbandsinstanzen haben zu dem Verzicht unserer Unterhändler über die Verhandlungen mit den Verbänden der Fabrik- und Porzellanarbeiter Stellung genommen, und sind die Kollegen durch den „Nachgekommen“ unterrichtet. Die Entscheidung soll durch die Kollegen, d. h. durch ihre Vertreter auf der Generalversammlung getroffen werden.

Soweit der Kollege V. G. im „Nachgekommen“.

Wenn wir die Ansprüche des Kollegen Paepflow, der ja auf unserer Generalversammlung im Oktober noch verbündet auftrat, unserer Mitgliedschaft unterbreiten, so tun wir das nicht in der Absicht, ihn bloßzustellen, sondern deshalb, weil Paepflow bei den entscheidenden Verhandlungen der Glasarbeiter wie auch bei den allgemeinen gemeinsamen Verschmelzungsverhandlungen unter dem Vorherrschen des UGW ohne Rücksicht auf persönliche Wünsche die rein gewerkschaftliche Haltung einnahm und dabei auch mit ausdrücklicher Zustimmung der Fabrikarbeiterverband auch die Döpler, soweit sie dazu gehören, vom Baugewerksbund abgeben würden.

In Anbetracht all dieser maßgebenden Umstände müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden, wie es ja die Verbandsinstanzen inzwischen getan haben. Wir sind gezwungen, bei der kommenden Entscheidung nur den Verband sprechen zu lassen, und wenn unsere Kollegen und Kolleginnen bei der Abstimmung das tun, werden sie keine Wange haben brauchen, daß sie in der Verbandsorganisation majorisiert werden. Gerade die, die nach ihrem Dasein zu entscheiden gebieten, sollten sich klar sein, daß sich das Gute im Geisteskampf der Meinungen innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes durchsetzen wird und ein so günstiges Tätigkeitsgebiet für ihre wahrscheinlich großzügigen Ideen sollten sie sich nicht entgehen lassen. Es kann als sicher angenommen werden, daß sich die Verantwortlichen des Fabrikarbeiterverbandes freuen werden, eine zuverlässige Kampftruppe zum Ausbau der Organisation zur Unterstützung zu bekommen.

Was lehrt uns die Reichsgesundheitswoche?

Der Zweck der in der vom 18.-25. April veranstalteten Reichsgesundheitswoche sollte sein, die Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung auf die Notwendigkeit der Gesundheitspflege hinzuwirken und das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen und der Gesamtheit zu stärken. Durch Wort, Schrift und Bild, sportliche Vorbereitungen, Theateraufführungen und unter Zuhilfenahme von Kino und Radio wurden gesundheitsliche Gefahren und Schäden und die Möglichkeiten zu ihrer Verhütung und Beseitigung gezeigt. Die Reichsgesundheitswoche sollte ihren Zweck nicht in sich selbst erschöpfen; sie sollte zeigen, belehren, aufklären und zu Taten aufmuntern.

Dem von der Reichsarbeitsverwaltung zur Gesundheitswoche herausgegebenen Gesundheitsbüchlein ist als Motto vorgeschrieben: „Die Gesundheit und Arbeitskraft der merktägigen Bevölkerung ist das wichtigste Gut eines Volkes.“ In der Richtung dieses Mottos sollte die hinter uns liegende Gesundheitswoche Aufklärung schaffen und nun sollen die Taten folgen. Es kann nicht genügen, daß jeder Einzelne für sich allein bestrebt ist, seinen Körper gesund zu erhalten. Durch das allein, was der Einzelne zur Gesunderhaltung seines eigenen Körpers tun kann, kann das Ziel nicht erreicht werden, sondern es müssen durch das Mitwirken der Gesamtheit die Gefahrenquellen eingedämmt und wenn möglich, überhaupt beseitigt werden. Unsere Kollegen in der feinkeramischen Industrie sind durch die Ausübung ihrer Berufstätigkeit in ganz besonderem Maße der Wirkung solcher Gefahrenquellen aus-

gesetzt. Wir haben daher als Arbeitnehmer der feinkeramischen Industrie ganz besonderen Anlaß, die Reichsgesundheitswoche zum Ausgangspunkt einer gesteigerten Aufmerksamkeit für besseren Gesundheitschutz in den Betrieben zu machen.

Durch die Bestimmungen der §§ 66 und 78 des Betriebsrätegesetzes ist den Betriebs- und Arbeiterräten die Aufgabe zugewiesen: „auf die Befämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Befämpfung durch Anregungen, Beratungen und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“ Haben die Betriebs- und Arbeiterräte in allen Betrieben diese Aufgaben bisher erfüllt? Welche Erfolge sind dabei erreicht worden? Diese Fragen sollten von allen betrieblichen Arbeitervertretungen unverzüglich erörtert werden. Selbst auch da, wo sich ergibt, daß nichts unversucht blieb, gleich, ob mit oder ohne Erfolg, kann die Notwendigkeit weiterer Versuche nicht von der Hand gewiesen werden. In welchen Betrieben ist die Reinigungsfrage voll befriedigend gelöst? In welchen alle möglichen Maßnahmen zur Verhütung der Staubgefahr getroffen? Ist auch überall der Arbeitsgang so eingestellt, daß die etwa vorhandenen Staubfangvorrichtungen benutzt werden können, oder ist es nicht hier und da so, daß die gezwungen haltige Arbeitsverrichtung die Benutzung unmöglich macht? Was ist getan worden, um besonders die Brennhausarbeiter und Schmelzer vor der Einwirkung übermäßiger Hitze zu schützen? Wie steht es mit dem Jugend- und Frauentätigkeit? Werden diese Arbeitskräfte nicht noch vielfach zu für sie zu schweren und besonders gesundheitsgefährlichen Arbeiten verwendet? Wie steht es mit Walschuppen? Diese gewiß nicht die ganze Materie erschöpfenden Fragen zeigen, daß es also noch überall reichlich Gelegenheit gibt, für den Gesundheitschutz zu wirken. Die Notwendigkeit ist noch durch das Vorgehen vieler Arbeitgeber in letzter Zeit gesteigert worden. Urlaubsverweigerung gegen Lehrlinge (was 1925 vielfach vorgekommen ist) und Urlaubskürzungen wirken den durch die Reichsgesundheitswoche propagierten Bestrebungen direkt entgegen. Ein besonderes Mitleiden in gleicher Richtung leistete sich die Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes für die deutsche feinkeramische Industrie, indem sie in den zum neuen Reichstarifvertrag herausgegebenen Erklärungen die Arbeitgeber animiert, die Walschuppen in Wegfall kommen zu lassen.

Das Verhalten der Arbeitgeberseite nötigt zur energischsten Kraftanstrengung. Soweit wir die Arbeitgeber nicht direkt zu den nötigen Maßnahmen bewegen können, müssen wir die Hilfe der Behörden, in erster Linie die Gewerbeaufsichtsbeamten, in Anspruch nehmen. Diese Stellen können den Arbeitgebern der feinkeramischen Industrie ein Ausnahmeverbot unmöglich zugehen. Die Arbeitgeber müssen gezwungen werden, die Schäden an Leben und Gesundheit, welche die Fernarbeit mit sich bringt, einzudämmen. Die Behörden werden uns bei unserem Bestreben behilflich sein, sie werden entsprechend der von der Reichsarbeitsverwaltung im Arbeiterschutzbüchlein dokumentierten Auffassung, „daß ein wirksamer Schutz des Arbeitnehmers in seiner Arbeitsstätte gerade jetzt und gerade für uns eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist“.

Neben dem rein gewerbehygienischen Schutz des Arbeitnehmers in der Arbeitsstätte ist es aber auch notwendig, daß auch weitreichendes Interesse den anderen die Gesunderhaltung beeinträchtigenden Faktoren: Lohn, Arbeitszeit, Wohnungs- und Körperhygiene zugewandt wird.

U. Karl.

Einiges über Betriebsrätetätigkeit.

Von W. Martin-Hermesdorf (Thür.).

Bei der Betrachtung der Gesamtsumme an Tätigkeit unserer Betriebsräte in der Porzellanindustrie müssen wir den Maßstab sozialistischen Wollens und erreichter sozialistischer positiver Arbeit anlegen. Dabei kommen wir leider zu dem Resultat, daß wir Grund genug haben, recht unzufrieden zu sein. Zunächst sind ja die Voraussetzungen einer jeden Arbeitstätigkeit nicht immer gegeben. Schematisieren läßt sich eine Betriebsrätetätigkeit nicht, sie ist immer von den Betriebsnotwendigkeiten, von den Differenzen im Betrieb und von der Aktivität der Belegschaft abhängig. Darüber hinaus sollen die Betriebsräte der sozialistischen Gedankenwelt praktische Vorkarbeit leisten. In letzterem sei bemerkt, daß unsere Betriebsräte noch nicht einmal die erste Etappe erreichen konnten, da widrige Umstände sie daran verhinderten. Einmal waren die Tagesarbeiten geeignet, die ganze Arbeitskraft der Betriebsräte in Anspruch zu nehmen und zum anderen fehlte es an dem notwendigen Wissen und Können. Hinzu kommt weiter, daß die Parteistreitigkeiten recht viel Zeit in Anspruch nahmen und die proletarischen — sozialistischen — Interessen darunter zu leiden hatten. Wie auf anderen Gebieten, so kann man aber gerade erst recht hier feststellen, daß die Belegschaften bisweilen den Ernst und die Würdigung der Betriebsrätetätigkeit vermissen ließen.

Es gab eine Zeit, da in den größeren Betrieben der Vorsitzende von der Arbeit freigestellt war und ungehindert die Interessenvertretung wahrnehmen konnte. Der Kampf der Porzellangewaltigen richtete sich halb gegen eine solche Einrichtung. Mit den dümmsten Mitteln und Gründen versuchten sie der Freistellung Herr zu werden. Angeblich würden die Ankosten zu groß. Glücklicherweise befand sich unter der Arbeiterschaft niemand, dies Märchen zu glauben. Gerade die

freigestellten Betriebsratsvorsitzenden haben zum Nutzen der Belegschaften und manche ernste Differenz schlichten können. Der Betrieb größerer Schaden erlitten. Der Kampf aber vor dem Unternehmertum deshalb durchgefochten, weil Alleinherrschaft im Betriebe an der Grenze der Erstarrung stand. Man sah die Zukunft voraus, daß die Betriebsräte sich zu einer Institution der Mitwirkung im Betriebe herausbilden konnten. Der Profit, die kapitalistische Grundlage, war gefährdet. Die Kollegenschaft hat den Ernst der Situation nicht erfahrend bediente sich der schwächsten Abwehrmittel. Es wird ein künftige Aufgabe sein, die ausgegebenen Positionen, welche gewahren, der Betriebsmitwirkung ein Wort zu reden, wieder zurückzuerobieren. Dazu bedarf es aber einer äußerst aktiven in sich straff organisierten und zielbewussten Delegatschaft. Darin und daneben müssen sich zu ganzen Schritten zu vollen Kampfesnaturen durchentwickeln. Voraussetzungen zur Erreichung aufgeborener Positionen bleibt das Verhalten der Belegschaft zu den Personen des Betriebsrates. Es ist bekannt, daß in den Belegschaften gegen Personen Mißstimmungen bestehen, die ein geschickter Unternehmer noch weiter schärfen sollte den Betriebsrat, den er nun einmal nicht wegraffen kann, zur Arbeitsbeschränkung verdammt. Die Belegschaft jeden Betriebes muß sich mit vollem Vertrauen ihren Führern an die Seite stellen, sollen die proletarischen Interessen sozialistischen Sinne verfochten werden.

In fast allen Betrieben von einer bestimmten Belegschaftsstärke an — oftmals schon bei 50 Köpfen — sind Sprechstunden eingerichtet. Es bedarf nach § 76 MBG einer Einbarung mit dem Unternehmer, wenn die Sprechstunden außerhalb der Arbeitszeit sein soll. Zur Sprechstunde selbst muß für die Sitzungen des Betriebsrates der Unternehmer geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen, welcher in der inneren der Betriebsräumlichkeiten liegen muß. In mittleren Betrieben haben die Betriebsräte darüber zu klären, daß die Sprechstunden trotz vieler Differenzen — und in der Porzellanindustrie gibt es mehr Arbeitsdifferenzen als in anderen Berufen — nicht genügend besucht werden. Man muß die Unternehmer mittels der Akkordearbeit das Personal der Arbeitsplatz bindet, und die ganze Art der Beaufsichtigung des Personals macht es fast zur Unmöglichkeit, daß jemand der angelegten Sprechstunde des Betriebsrates gehen kann. raffinierte Unternehmer legen das Sprechzimmer möglichst die Nähe, wenn nicht ganz und gar an das Kontor, und es so angelegt werden, daß es waagt, die Sprechstunden aufzusuchen. Auf diese Art, daß die Möglichkeit einer Störung und unbewachten Sprechstunden unterbunden wird, suchen dann die Unternehmer, sie überhaupt wegzubringen, aber zum mindesten außerhalb der Arbeitszeit zu verlegen. Sollten einer solchen, innerhalb der Arbeitszeit liegenden Sprechstunde respektieren das Unternehmerverlangen fernzuweihen, man kann hier wahrhaftig von einer unerheblichen Arbeitsleistung reden. Die Unternehmer lassen sich aber von politischen Erwägungen leiten. Sie wissen, daß der Arbeiter die Arbeiterin nach Arbeitsstunde noch Hausarbeit zu verrichten haben und daß die wenig freie Zeit ausgenützt wird. Interessenten gehen daher in den wenigsten Fällen zur Sprechstunde und lassen lieber ihre Rechte verkümmern, ja, sie verfolgen gelbliche Differenzen, wenn sie nicht allzu groß sind, verfolgt. Damit erreicht der Unternehmer, daß die Arbeiter selbst dazu beitragen, die Rechtlosigkeit der Vorkriegszeit wiederherzuführen, und die Synchrit haben Material in der Hand, an welchem sie glauben nachweisen zu können, daß sich Betriebsrätegesetz nicht „bewährt“ hätte. Diese Gesandtschaften gibt es rechtzeitig zu verstopfen. Von der herein muß es Aufgabe unserer Betriebsräte sein, das Sprechzimmer an eine, für jeden Beschäftigten leicht zugängliche vom Unternehmer nicht zu bewachende Stelle zu bringen der Porzellanindustrie mit den geschlossenen Gebäuden Räumen läßt sich das überall ermöglichen. Es genügt, wenn in der Dreherei eine Ecke mittels schwacher Mauer getrennt wird. Für größere Betriebe sind noch andere, die Möglichkeiten vorhanden. Die Belegschaft aber selbst muß Mühe geben, von ihrem gesetzlichen Recht der Sprechstunden nützlich Gebrauch zu machen. Die Institution der Arbeiter ist nicht nur dazu da, den Betrieb vor Erschütterungen zu wahren (in der kapitalistischen Denkweise: die Belegschaft ist zu stabilisieren), sondern um den Zweck der vorgenannten Tätigkeiten überhaupt erfüllen zu können, müssen die Arbeiterräte von Differenzen und Unstimmigkeiten der Belegschaft unter sein. Auch die kleinste Differenz eines Arbeitnehmers mit der Betriebsleitung oder einem Obermeister in dem Arbeiterrat zur Weiterverfolgung übergeben werden. Der einzelne Arbeiter ist gar nicht in der Lage, aus seiner kleinen Differenz einen Gesamtschluß der mißten Differenzen zu ziehen. Er selbst beachtet in 90-100 Fällen die Differenz nicht. Laufen aber all die tagtäglichen Dinge von allen Arbeitern in einer Hand, bei dem Arbeiterrat zusammen, so hat der Arbeiterrat denselben Ueberblick wie der Unternehmer, und er kann Absichten des Unternehmers durchschauen und im Interesse in der Erfüllung seiner Aufgabe: den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, handeln. Das sollte sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin gefast sein lassen. Nie, nie darf die Betriebsrat etwas verschwiegen werden, auch nur die kleinste Sache! —

Mehr Aktivität jedes einzelnen! Unterstützung den Arbeiterräten!

Fünfhundertfeier und Porzellanausstellung in Selb.

Die Porzellanstadt Selb, die größte und bekannteste Stadt der feinkeramischen Porzellanindustrie, begeht in diesem Jahr vom 4. Juli bis 1. August ihr fünfzehnhundertjähriges Jubiläum und verbindet die Veranstaltung mit einer großzügigen Porzellanausstellung, die der eigentlichen Festlichkeit über die nächste Umgebung hinaus Bedeutung geben wird.

Die Zeit der Leben und Taten hat in den Vordergründ und die Feier das Gepräge, weil sie bestimmend war für die Stadt. Sie hat an der deutsch-türkischen Grenze, an der Ausläufer des Fichtelgebirges, anweit des böhmischen und tschechischen. Die Geschichte berichtet, daß es sich aus einer um die Jahre 990 bis 1000 unserer Zeitrechnung entstanden. Werdenbedeutung entwickelt hat. Kriege, Stürme und all die Uebel verflöhener Jahrhunderte suchten es keine. Am 1. März ein großer Brand im Jahre 1858. Dieses Unheil war auch der Begründungspunkt der Selb'schen Porzellanindustrie. Lorenz Guttenreuther aus Selb (Eger) erbaute seinerzeit die erste Porzellanfabrik mit einem Ofen, aus der sich inzwischen die Weltfirma Lorenz Guttenreuther & Co. entwickelte. Kurz vor dem Ausbruch der Eger im Jahre 1865 kam ein Jahr später die Porzellanfabrik in Selb hinzu. Die dritte gründete 1876 Philipp Rosenthal in Selb, ihm folgte 1890 Paul Müller mit einer weiteren. Die Porzellanfabrik von Heinrich & Co. entstand 1896, die von Graf & Arnborg 1906, und die der früheren Reicherei Krautheim & Uebelberg 1912. In den Nachkriegsjahren kamen noch hinzu die Porzellanfabrik Selb & Zollfrank in Egersreuth und drei kleinere Betriebe bzw. Manerzien mit nicht über 40 Beschäftigten. Insgesamt kann die dortige Porzellanindustrie bei vollem Betrieb 5300 bis 5500 Personen einschließlich der Angestellten beschäftigen, davon Rosenthal und Guttenreuther je 2000 und Heinrich & Co. 700.

An der Porzellanfachschule in Selb werden Modellure und Maler technisch ausgebildet. Sie wurde 1907 gegründet und ist seit 1914 im eigenen Gebäude untergebracht.

An ihr wirken ein Professor, ein Studienrat, zwei Hauptlehrer und ein Zeichenlehrer, die 40 bis 45 Schüler unterrichten. In diesem Gebäude wird die Porzellanausstellung abgehalten.

Selb ist durch eine Lokalbahn mit den Hauptlinien Hof-Eger und Hof-Regensburg verbunden. Es hat 13500 Einwohner. Die Mehrzahl der Erwerbstätigen ist in der Porzellanindustrie beschäftigt. Von anderen Berufsgruppen kommen 40 Steinhauser, 160 Metallarbeiter, 60 Holzarbeiter, 380 Bauarbeiter, 52 Beamte in Frage, wozu noch etwa 1000 Angehörige zu zählen sind.

Selb leidet an Wohnungsnot. Am Ende des Jahres 1925 waren 774 Wohnungsuchende vorhanden. Von den Wohnunghabenden hatten 16,4 Proz. nur einen Raum, 44,2 Proz. zwei Räume und 25,4 Proz. d. Räume zur Verfügung.

Die politische Bewegung am Ort wird durch die Stadtratsparteien gekennzeichnet; es gehören 6 der sozialdemokratischen, 6 der kommunistischen Partei und 9 dem Bürgerturn an. Die gesellschaftlichen Arbeitervereinigungen haben nicht die Größe und Bedeutung, die sie in einer Arbeiterradt haben müßten. Wichtig ist in modernen Bekleidungsfragen ist Selb voran; es besitzt ein der Stadt gehöriges Krematorium.

In der Gewerkschaftsbewegung sieht es dort nicht günstig aus. Die große Masse der Porzellanarbeiter ist indifferent. In Porzellanarbeiterverband waren am Schluß des Jahres 1925 1629 Porzellaner organisiert, also nicht ganz der vierte Teil. Eine örtliche Eigenbrötler-Organisation bildet das Malerkartell, das hauptsächlich vom Malerpersonal des Rosenhalsbetriebes gehalten wird. Christliche und gelbe Organisierte gibt es selbstverständlich auch. Die ehemals starke Zahlstelle der Porzellanarbeiter ist durch hyperbale Strömungen und durch die vielfach wechselnden und verwirrenden Parolen erschlagen worden. Persönliche Gehässigkeit, Verunglimpfung, persönlicher Streit und Haß sind dadurch gesucht worden und lassen ein ziesicheres, bewußtes und gemeinsames Arbeiten zum Wohle der Arbeiterschaft nicht aufkommen. Nirgend habe ich Arbeiter so über- und untereinander lästern hören wie in Selb.

Diese Krankheit sitzt tief in der Selber Arbeiterbewegung ist das Hindernis aller Erfolge.

Es wäre an der Zeit, der Einsicht wieder die Tore öffnen und von den Gegnern zu lernen, wie man es machen kann. Der Porzellanarbeiter sollte endlich die Erkenntnis kommen, daß es so nicht weitergehen kann.

Die Fünfhundertjahrfeier ihrer Stadt und die Porzellanausstellung zeigen doch der Selber Porzellanarbeiterschaft, sie geschaffen hat und was sie zu leisten imstande ist. Ihre Arbeit hat den Ruhm gebracht, ihre Tätigkeit ist die Reichsquelle ihrer Beherrscher, die wie einst die Schloßbesitzer ihren modernen Zwingburgen auf die Stadt herniedersehen. Die Selber Porzellanarbeiter sollten sich deshalb ihrer eigenen Schaffenskraft bewußt sein und für sich die Macht erlangen und erringen, die sie haben, wenn sie gewerkschaftlich einig sind.

Die Zeiten ändern sich, hoffentlich auch bald die Selber indifferenten Selber Porzellanarbeiterschaft. Es ist zu wünschen, daß sie sich schon zu Beginn des nächsten Fünfhundert ihrer Stadtgeschichte auf die gewerkschaftlichen Pflichten besinnt und mitarbeitet, damit sich ihr Schicksal und ihrer Nachkommen in Zukunft besser gestaltet.

Darum zieht die richtigen Schlüsse aus eurer Stadtgeschichte, ihr Selber Porzellanarbeiter, seid euch einig, macht euch stark!

Die Porzellanausstellung. Die Stadt und die Industrie von Selb geben sich erhebliche Mühe, die Fünfhundertjahrfeier recht wirksam durch eine Porzellanausstellung zu gestalten. Fachschule ist zum Zweck der Porzellanausstellung schon nehmig und die Werte bemühen sich, ihr Bestes zu zeigen. Es sind auch in den Ehrenausstellung die vier Träger der vier großen Unternehmungen gewählt worden, und zwar die Herren Philipp Rosenthal, Edmund Mundel, Franz Heinrich und Chr. Heim. Hoffentlich wird bei der Veranstaltung nicht vergessen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen die schönen gewinnbringenden Kunstwerke herstellen und großen Anteil an der Entwicklung der Selber Porzellanindustrie haben.

Was die Produktionsstatistik der Interessengemeinschaft ergab.

Im „Peramos“, Heft 4, 1926, bearbeitet Herr Professor Dr. v. d. Hoffen die Ausführung feineremittelte Produkte im Jahre 1925. In dieser Abhandlung führt er unter der Überschrift „Der indirekte und der verschleierte Export“ folgendes an:

Bekanntlich sind der Verband Deutscher Porzellanfabrikanten und der Verband Deutscher Fabriken für Gebrauchszier- und Kunstporzellan in einer Interessengemeinschaft verbunden. Die Interessengemeinschaft betreibt unter anderem auch statistische Erhebungen bei den Mitgliedern der Verbände. Aus Gründen der Sparsamkeit sind diese Erhebungen für das Jahr 1925 nicht nach Warengruppen getrennt. Sie münden in folgendes Ergebnis: Es wurden 1925 im Inland ungefähr 950 Tonnen. Rechnet man hierzu den Export an Geschirr 7567 Tonnen, sowie den Export an Zier- und Kunstporzellan 915 Tonnen und schließlich noch den Export an Weißgeschirr von 2190 Tonnen, so erhält man eine Gesamtproduktion von 7722 Tonnen.

Wenn hierbei die geringe Außenleiterproduktion für Inland mitgerechnet ist, so ist sie jedenfalls aber in den Exportländern, die amtliche Zahlen sind, mitzuzählen. Da im übrigen die Weißgeschirrer noch andere Waren in Frage kommen, die sich in den Bereich der Verbände fallen, so hebt das Unvollständige in diesem Bereich das Zuwenig in der Inlandsproduktion wohl nähernd auf.

Die Vorkriegsproduktion für den Bereich der beiden Verbände, einschließlich der Außenleiterproduktion, betrug schätzungsweise 73 000 Tonnen, von denen schätzungsweise 58 000 Tonnen auf Geschirr und 15 000 Tonnen auf Zier- und Kunstporzellan entfielen.

Für das Jahr 1924, für das detaillierte Erhebungen zur Verfügung stehen, hat sich eine Produktion für Geschirr von 2709 Tonnen und von 11 949 Tonnen für Zier- und Kunstporzellan ergeben, so daß die Gesamtproduktion 84 658 Tonnen betrug. Es würde sich also für 1925 eine 16prozentige Produktionssteigerung ergeben! Eine solche Steigerung ist aber natürlich mit der allgemeinen Geschäftslage des Jahres 1925 unvereinbar.

Es geht aus der Verbandsstatistik einwandfrei hervor, daß die Ausnutzung des vorhandenen Maschinenparkes im Jahre 1925 durchschnittlich 78,2 Proz. betragen hat. Lieber ein Fünftel der Kapazität hat also brach gelegen. Wie groß ist diese Kapazität? Sie ist im Jahre 1922 zuletzt voll ausgenutzt worden und hat die Zahl 80 639 Tonnen ergeben, für Zier- und Kunstporzellan schätzungsweise 15 000 Tonnen, so daß sich für dieses Jahr der Höchstbeschäftigung eine Gesamtproduktionskapazität von rund 95 000 Tonnen ergibt. Rechnet man dazu die Verbesserung, die durch bisher noch getroffene Produktionsverbesserungen eingetreten ist, so ergibt sich eine Maximalkapazität von 100 000 Tonnen. Nach der oben mitgeteilten Zahl über die Ausnutzung der Anlagen im Jahre 1925 also nicht mehr als 78 200 Tonnen produziert worden sein! Nach Abzug der Exporte bleiben dann 35 428 Tonnen für den Inlandsmarkt übrig. Diese Zahl widerspricht der eingangs mitgeteilten Zahl von 64 950 Tonnen. Die Differenz ist 19 522 Tonnen.

Die Lösung des Problems ist nicht so schwierig, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte. Wir wiesen im vorigen Jahr nach, daß allein bei Geschirr 9318 Tonnen zunächst für den Inlandsmarkt gekauft und dann aus zweiter Hand noch exportiert worden waren. Für die Interessengemeinschaft kommt im Jahre 1925 ein indirekter Export von 19 522 Tonnen in Frage; es ist dies Rätsel gelöst!

Aus diesen Darlegungen geht unzweifelhaft hervor, daß ein Teil des Inlandsumsatzes noch exportiert wird und in der Summe des Gesamtexports wieder erscheint. Aber die Verbandszahlen an und für sich ergeben noch keine absolut einwandfreie Übersicht; denn es steht nicht so klipp und klar fest, ob im Jahre 1924 sowohl als 1925 die tatsächliche Gesamtproduktion der Porzellanindustrie 84 658 bzw. 78 200 Tonnen war. Man kann annehmen, daß im Jahre 1925 die Gesamtproduktion der von 1924 gleich oder noch darüber war, da die Durchschnittsziffern der Kurzarbeiter und Arbeitslosen in der Porzellanindustrie im Jahre 1925 erheblich unter denen von 1924 lagen. Es kann deshalb nicht gut angenommen werden, daß die Ausnutzung der Anlagen im Jahre 1925 unter der von 1924 lag; denn die geringere Durchschnittsarbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei 78,2 Proz. Ausnutzung spricht doch auch für eine größere Gesamtproduktion von 1925 gegen 1924. Die Zweifel tauchen auf, wenn diese und jene Momente mitberücksichtigt werden. Zur noch besseren Klärung würde es eben beitragen, wenn staatlich eine Produktionsstatistik von allen Betrieben geführt würde. Der deutschen Wirtschaft könnte damit nur gebüht sein.

Solange diese Unklarheiten bestehen und keine umfassende Produktionsstatistik aufgenommen wird, können die Zahlen der Interessengemeinschaft und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nicht für bare Münze genommen werden, da die Zweifel mit nicht einwandfrei gelöst werden.

Eine Eingabe der Gewerkschaften.

Die gesamten Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an die Reichsregierung und an die Regierungen der Länder eine Eingabe gerichtet, in der erneut und dringender die beschleunigte Umgestaltung der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Ewerbekammern er sucht wird. Bei dieser Umgestaltung sollen die Befugnisse des Verfassungsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die seinerzeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam anerkannt wurden, entsprechende Berücksichtigung finden.

In der Eingabe heißt es: „Die maßgebenden Organisationen der deutschen Wirtschaft waren im Jahre 1922 bei der Aufstellung vorgenannter Leitfäden von der Erwartung ausgegangen, daß die Umgestaltung der Kammern eine Lösung für den im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Unterbau des Reichswirtschaftsrats zu finden und den Unterbau vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat verwirklicht zu sehen. Die deutschen Gewerkschaften bauen, daß der vorliegende Entwurf eines Mantel- und Ausführungsge setzes, betr. den endgültigen Reichswirtschaftsrat, diesem Standpunkt nicht Rechnung trägt. Es erscheint uns tragbar, den Oberbau der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen, den endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu bilden, und gleichzeitig auch den Unterbau, d. h. die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsverbänden und die Einrichtung der Landwirtschaftskammern durchzuführen. Diese völlig einseitig, nur in den Unternehmervertretern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern wachsen sich, wie das auffallendste Vorzeichen auf kürzlich in Essen stattgefundenen Tagung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen und des südbayerischen Industriebezirks mit aller Deutlichkeit gezeigt, zu immer größerer Gefahr für die deutsche Wirtschaft und sozialen Frieden aus. Auf der Essener Tagung der Industrie- und Handelskammern brachten es in der Öffentlichkeit hinbekannte Wirtschaftsführer unter dem Beifall der Anwesenden fertig, im Namen der Wirtschaft Forderungen gegen Arbeitnehmer aufzustellen, die wegen ihrer Tragweite nur Kampfanlage aufgeföhrt werden können. Die Wirtschaft soll nicht von allem Zwang (d. h. soweit er zugunsten der Arbeitnehmer besteht). Den Kartellen der Unternehmer soll möglichst weitgehende Freiheit gewährleistet sein. Der Wirtschaftsführer nicht auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeiter-

organisationen, sondern durch neue Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben, d. h. durch gelbe Arbeitsgemeinschaft herbeigeführt werden. Die Wirtschaftsleitungen sollen die Führung solcher Gebilde, in denen der Arbeitnehmer lediglich Objekt sein soll, selbst in die Hand nehmen. Der Abschlußtag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens seien zu verwerten, das Staatliche Schlichtungswesen zu befestigen, die „sozialen Lasten“ zu hoch, die Sätze der Erwerbslosenfürsorge müßten herabgedrückt werden, denn die Tarifverträge seien schädlich. Ferner müsse verhindert werden, daß noch länger von Beamten, Lehrern, Juristen und Gewerkschaftssekretären wirtschaftsschädigende Gesetze gemacht werden.

Die deutschen Gewerkschaften betonen mit Entschiedenheit, daß es nicht Aufgabe der Industrie- und Handelskammern ist, in dieser unerhörten Art und Weise gegen berechnete Belange und Lebensfragen der deutschen Arbeitnehmer Stellung zu nehmen. Sie wenden sich ferner nachdrücklich dagegen, daß die bisher nur von Unternehmern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern das Recht haben, namens der deutschen Wirtschaft Anträge, Gutachten und Beschlüsse zu fassen. Zur Wirtschaft gehören auch, und zwar nicht in letzter Linie, die 70 Proz. des deutschen Volkes ausmachenden Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewegung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufsverbänden der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.“

Um die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Das Verhalten der Länderregierungen von Bayern und Württemberg, sowie des Reichsarbeitsministeriums hat zu einer starken Verärgerung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geführt. Man versucht auf dem Verwaltungsweg die reichsgesetzlichen Schutzbestimmungen außer Kraft zu setzen. Immer stärker treten aber auch die Bestrebungen auf, die Sonntagsruhe für das ganze Reichsgebiet aufzuheben. Charakteristisch dafür ist der von der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Gesetzentwurf, der an allen Sonntagen wieder eine Beschäftigung für die Dauer von vier Stunden zulassen will. Die inzwischen bekannt gewordenen Pläne des Reichsarbeitsministeriums über eine gesetzliche Neuregelung im Rahmen des Arbeiterschutzes zeigen, daß die Reichsregierung bereit ist, den Gegnern der Sonntagsruhe weitgehend entgegen zu kommen.

Gegenüber diesen Bestrebungen haben namentlich die Angestellten unter Führung ihrer Berufsorganisation, des Zentralverbandes der Angestellten, den Kampf um die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe aufgenommen. In allen Teilen des Reiches beginnen sich die Angestellten zu rühren und erheben schärfsten Protest gegen die Verringerung der Sonntagsruhe; sie fordern mit allem Nachdruck die reichsgesetzliche Einführung der vollständigen Sonntagsruhe.

Der Zentralverband der Angestellten hat in einer umfangreichen Druckschrift über die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nachgewiesen, daß die beschleunigte gesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe nicht länger zu erheben ist und daß die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe auch möglich ist. Diese Druckschrift ist dem Reichstage, sowie allen Abgeordneten des Reichstages zugegangen. Der Reichswirtschaftsrat ist aufgefordert worden, sich in einem Gutachten für die vollständige Sonntagsruhe auszusprechen. Außerdem ist die Druckschrift den Fraktionen aller Landtage zugegangen, damit die Landesparlamente bis zur reichsgesetzlichen Neuregelung dafür sorgen, daß die noch geltenden Reichsvorschriften auch inne gehalten werden.

Die Löhne der Aufsichtsräte.

Man sollte annehmen, daß in Zeiten allgemeiner Not alle Glieder des Wirtschaftslebens darunter zu leiden hätten. Aus eigener Erfahrung wissen wir aber, daß dies nicht so ist. Wenn man sich bei den jüngst bekannt gewordenen Bilanzen den Posten Vergütung (Anteil) für Aufsichtsräte durchsieht, so muß man die Feststellung machen, daß hier von einem Abbau nichts zu merken ist. Wir wollen hier eine kleine Liste zusammenstellen, wie die einzelnen Institute ihre Aufsichtsratsmitglieder entlohnen:

Vereinte Glanzstofffabriken	680 000 Mk.
Alle Bergbau A. G.	171 000 „
Berliner Handelsgesellschaft	139 000 „
Commerz- und Privatbank	235 000 „
Darmstädter Nationalbank	360 000 „
Deutsche Bank	677 000 „
Fisconto-Gesellschaft	486 000 „
Dresdner Bank	253 000 „
Mitteldeutsche Kreditbank	72 000 „
Mk. Deutsche Kreditanstalt	200 000 „
Gemeinschaftsgruppe Deutsch. Hypothek.	140 000 „

Im Durchschnitt wird jedes Mitglied eines Aufsichtsrats der vorstehend genannten Unternehmungen pro Jahr 10 000 bis 15 000 Mk. bekommen. Wenn man bedenkt, daß die betreffenden Herren mehrere solcher Aufsichtsratsposten bekleiden und sonst in hoch bezahlten Stellungen sich befinden, dann muß man eine solche Entschädigung als aufreizend bezeichnen. Nebenfalls müßten sich die Millionen Arbeitslosen ein eigentümliches Bild von der gegenwärtigen als göttlich bezeichneten Gesellschaftsordnung machen, wenn für ein paar Sitzungen im Jahr bezahlte Entschädigungen bezahlt werden, hieweil Millionen faum etwas zu heißen haben.

Gewerkschaftliches.

Ein fünfundsechzigjähriger. Der frühere Schriftleiter der „Metallarbeiter-Zeitung“, Hans Scher m, konnte am 24. April seinen fünfundsechzigsten Geburtstag feiern. Hans Scher m ist trotz seiner siebenundhalb Jahrzehnte, wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt, kein gebrechlicher Greis, sondern ein noch frischer Anteilnehmender Kollege, der gegenwärtig an der Geschichte des Metallarbeiterverbandes arbeitet. Sein Gedächtnis ist noch so frisch, daß er sich noch auf jede wichtige gewerkschaftliche und politische Begebenheit erinnert. Er war mehr als drei Jahrzehnte Schriftleiter der „Metallarbeiter-Zeitung“ und hat den Metallarbeiterverband mitbegründet. Wir wünschen dem rüstigen Kämpfer der Arbeiterklasse noch recht erfenliche Lebensjahre.

Das Gewerkschaftsprogramm für die internationale Wirtschaftskonferenz. Die vorbereitende Kommission der internationalen Wirtschaftskonferenz, in der die Arbeiter von Gouhaux (Vize-Präsident des IOW), Dudgeest (Sekretär des IOW), Egger t (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und Hugh (Präsident des britischen Gewerkschaftsbundes) vertreten werden, wurde am 25. April in Genf eröffnet. Das von der Arbeitergruppe unterbreitete Programm umfaßt folgende Punkte: Stabilisierung der Wälu ten (insbesondere in Zusammenhang mit den von den Regierungen kontrollierten Zentralbanken); internationale Handelspolitik (Bekämpfung des Dumping auf dem Rohstoff- und Lebensmittelmarkt, Verteilung der Rohstoffe und Lebensmittel, Aktion gegen die Schutzollpolitik, europäischer Wirtschaftsverband, Handelspolitik und Lebensstandard der Arbeiterklasse); internationale Organisation der Produktion und des Absatzes und ihre Rückwirkungen auf die internationale Wirtschaftspolitik (im Zusammenhang damit soll die Frage der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten untereinander und zwischen Europa und den übrigen Weltteilen behandelt werden); internationale Industrieartelle und ihre Kontrolle in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Regierungen und dem Völkerbund sowie mit der Industrie, den Konsumenten- und Arbeiterorganisationen und dem internationalen Arbeitsamt (es kommen hauptsächlich die wichtigsten In-

dustrieprodukte in Frage, wie Kohle, Petroleum, Eisen, chemische Produkte, Kaustisch, Baumwolle und Getreide); Maßnahmen zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten, die den Arbeitern ein anständiges Auskommen sichern, wobei die Frage der Kreditpolitik, der Übertragung öffentlicher Arbeiten und der Arbeitsbeschaffung für eingewanderte Arbeiter besprochen werden muß.

Reichsfinanzminister und christliche Gewerkschaftsführer. Bei den Verhandlungen des Gemeindefusses kam auch die Unterstützung des Christlichen Landarbeiterverbandes durch den deutschen Reichsfinanzminister von Schlieben zur Sprache. Ohne Widerspruch, konnte dort eine Mitteilung des Genossen Georg Schmidt zur Kenntnis gegeben werden, daß der Christliche Landarbeiterverband durch den Abgeordneten Behrens im Jahre 1925 150 000 Goldmark für angebl. Schäden im Ruhrkampf erhalten hat. Dieses Geld wurde gegeben ohne Rechnungslegung und ohne Nachweis der Schäden. Aus diesem Beispiel ist ersichtlich, wie freigebig ein deutsch-nationaler Minister sein kann, wenn es sich um christlich-gelbe Gewerkschaften handelt. Trotz alledem wurde der „Ehrenmann“ Behrens von einer Gesamtsitzung der christlichen Gewerkschaft in Köln aufgefordert, sein Amt als Vorpräsident des Landarbeiterverbandes wieder zu übernehmen. Gleiche Brüder, gleiche Klappen!

Wirtschaftliches.

zunahme der Unternehmungen trotz der Krise. In das Berliner Handelsregister waren vor dem Kriege rund 30 000 Firmen eingetragen. In der Hochstuf der Inflation war diese Ziffer auf 69 000 emporgeschwollen. Im Jahre 1924 erfolgte trotz der Stabilisierung ein weiterer Zuwachs von 3,5 Proz. Im Jahre 1925 erfolgte noch eine Erhöhung um 2,5 Proz., so daß es am 31. Dezember 1925 63 111 handelsgerichtlich eingetragene Firmen in Berlin gab. Trotz der in Folge von Konkursen usw. erzwungenen Löschungen waren im Jahre 1925 1388 Mehreintragen ins Handelsregister zu verzeichnen. Nach dem Bericht der Handelsregisterkommission der Berliner Handelskammer sind ungefähr 25 000 Firmen Löschungszeit, werden also nicht mehr als lebensfähig anerkannt, trotzdem leben sie. Es müßte demnach eine bedeutend verschärfte Wirtschaftskrise eintreten, ehe diese ungelobte Ueberlegung der Industrie, des Handels und des Handwerks befristet wird.

Wohin mit dem Geld? Die Geldfülle scheint nachgerade einen beängstigenden Grad anzunehmen. Nicht deutlich geht dies aus einem Artikel hervor, den das „Berliner Tageblatt“ vom 24. April über den Geldmarkt veröffentlicht: „In der abgelaufenen Berichtswochen hielt die abnorme Geldfülle unverändert an. Das Geldangebot überwiegt bei weitem die Nachfrage. Die jetzige Verschwendung des Marktes hat einen Umfang angenommen, der weit über das Maß der Vormonate hinausging. Es war daher schwer, wenn nicht unmöglich, die herumfliegenden Gelder am offenen Geldmarkt unterzubringen. Der Satz für Tagesgeld ging weiter zurück. Er beträgt 3 Proz. für erste Firmen, 3 bis 4 Proz. für mittlere und 4 bis 5 Proz. für kleine Firmen. Diese Sätze spiegeln aber nicht die tatsächliche Marktlage wieder, da in sehr großem Umfange unter diesen Sähen . . . Geld gegeben wurde. Es kam vor, daß Geld mit 1 1/2 Proz. offeriert wurde. Das ist leicht erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß inländische Unterbringungsöglichkeiten für tägliches Geld kaum vorhanden waren. Da also die inländischen Anlagemöglichkeiten unzureichende waren, fand in verstärktem Maße wieder eine Auswanderung deutscher Gelder nach dem Auslande statt. Besonders bevorzugt waren die englischen Privatkonten, die mit 4 1/2 bis 4 3/4 % zu haben waren. Man hat diese Umwandlung von Mark in Pfunde nicht direkt, sondern via New York vorgenommen. Das hat vor allem darin seinen Grund, daß der Kurs des Dollars von der Reichsbank bekanntlich stabil gehalten wird, nicht aber der Kurs des Pfundes. Man hat daher Dollars gekauft und sie gegen Pfunde „gedrückt“, wie der technische Ausdruck lautet. Die so ins Ausland abgefliegenen Beträge dürften unserer Kenntnis nach nicht unerheblich sein.“

Diese seit Wochen anhaltende Geldfülle hat seinen Grund in der Wirtschaftskrise, in den fortgeschrittenen Rationalisierungsmaßnahmen der deutschen Industrie und zuletzt durch das Einströmen fremder Gelder. Es ist für die deutsche Wirtschaftslage charakteristisch, daß einestheils Auslandsanleihen aufgenommen werden und auf der anderen Seite in Deutschland jenseit Geld vorhanden ist, daß es kein Unterkommen findet, sondern an die ausländischen Geldmärkte weiter gegeben werden muß. Ein vollendeter Widerstand, der nur aus der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären ist. Trotz allem kann in Deutschland von einem Geldmangel nicht mehr gesprochen werden, was auch an dem sinkenden Zinsfuß seinen Ausdruck findet.

Wer trägt die Schuld an der Verteuerung von Kartoffeln und Milch? „Nicht der Eisenbahntarif!“ erklärte der Generaldirektor der Reichsbahn Defer, der über diesen Gegenstand kürzlich folgendes ausführte: „Wir befördern die Kartoffeln ganz außerordentlich billig, bis an die Grenze der Selbstkosten. Die Kartoffeln kosteten im Herbst auf dem Lande etwa 70 Pf. der Zentner, in der Stadt etwa 1 Mk., und dabei hat man behauptet, daß die hohen Eisenbahntarife daran schuld seien. Für kein anderes Gut sind die Eisenbahntarife so niedrig wie für Kartoffeln, und es ist ausgeschlossen, daß unsere Tarife eine Verteuerung herbeigeführt haben. Auch die Milch steigt im Preise, obgleich sie bis zu 50 Proz. unter den Vorkriegssätzen von der Bahn befördert wird. Auch da wird sich erweisen, daß der Produzent relativ wenig bekommt und der deutsche Konsument viel zu zahlen hat, was mit dem Hinweis auf die Eisenbahntarife fälschlicherweise begründet zu werden pflegt.“ Soweit der Generaldirektor der Reichsbahn. Angehts der ungeheuren Spanne zwischen Erzeugerpreisen und Kleinhandelspreisen ergibt sich also die Frage: Wer trägt die Schuld an der Verteuerung von Kartoffeln und Milch?

Genossenschaftliches.

Die Macht des Einkaufskorbes. Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland hat in verhältnismäßig kurzer Zeit staunenswerte Erfolge auf dem Wege zur genossenschaftlichen Bedarfswirtschaft erzielt. Die Erfolge im Aufbau genossenschaftlicher Bedarfswirtschaft wurden erreicht, ohne daß die Allgemeinheit und der einzelne Opfer dafür aufgebracht hätten, wie das anderweit der Fall ist. Gewiß gab es Menschen, die ihr Ganzes dafür einsetzten und jede Mühe opferten, um der Bewegung zu dienen. Gewiß gab und gibt es Frauen — leider nur zu gering an Zahl —, die den etwas weiteren Weg zur genossenschaftlichen Verteilungsstelle nicht scheuten, wenngleich ihnen der Vorteil nicht immer, wie sonst gewohnt, hoch genug erschien. Aber sie wußten, irgendein Vorteil blieb ihnen doch. Finanzielle Opfer, wie irgend anderweit, hat noch kein Genossenschaftsmitglied gebracht, da, wo die Konsumgenossenschaften erhalten wurden. Wollte irgendwer die zur Inflationszeit verlorenen Anteil- oder Spargelder als Opfer aufbringen, dann sollte er bedenken, daß er diese, zumeist nur von der Rückvergütung aufgepaßt, nicht der Genossenschaft, sondern dem Staate mit seiner Politik und dem Krieg opferte. Und die Genossenschaft selbst verlor und mußte opfern, bis auf das, was ihr in Grundstückswerten nicht verlorengehen konnte. Die Frauen sind es, von denen gesagt werden kann, daß sie mit ihrem Einkaufskorb, ohne Opfer zu bringen, diesen Bau aufzurichteten. Das zeigt zugleich die Macht des Einkaufskorbes, mit dem sie entweder beim Gange zum Händler die Privatwirtschaft stützen oder mit dem Eintreten zum Konsumverein die Genossenschaftswirtschaft aufrichten und ausbauen helfen. Das zeigt: Der im Konsumverein organisierte Verbraucher bewirkt ohne Opfer wirtschaftlichen Fortschritt. Es kann bei Betrachtung des Erreichten nicht schwer sein, sich für die Bewegung einzusetzen, wo es nur sein kann. Deshalb, seid Genossenschaftler!

* Für Außenleiter noch einen entsprechenden Zuschlag.

Bermittelt.

Vaterlandsliebe und Geschäft. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Internationalität in der Industrie und Handel bedeutend weiter verbreitet ist, wie man gewöhnlich annimmt. Nicht klar bringt dies der Präsident des Internationalen Handelskammer, Dr. Walter Deaf, in einer ungeliebten Rede zum Ausdruck, von der die „Frankfurter Zeitung“ einen Auszug bringt. Deaf sagt dort: „Für den Kaufmann ist eine politische Grenze eine abschließliche Grenze, die künstlich die trennt, die danach streben, zusammenzukommen. Hier unterscheidet sich seine Einstellung von der des Politikers. Auch der Kaufmann kann sich natürlich von seinem eigenen Nationalgefühl nicht frei machen, noch den Sinn für Vaterlandsliebe aufgeben, der uns allen von Kindheit an erregt ist; aber jene andere und weitere Auffassung, die wohl zeitweilig unterdrückt werden muß, behauptet sich in der täglichen Arbeit und wartet nur auf einen günstigen Augenblick, um in den Vordergrund zu treten.“

Das Abgeordnetenrecht der Parlamente. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß Demokratie Geld kostet. Ob es aber notwendig ist, daß wir in Deutschland ein Abgeordnetenrecht von 2327 Personen aufrechterhalten, kann mit Zug und Recht bezweifelt werden. Nach dem Gothaer Almanach für 1926 zählen die politischen Parlamente Europas 12600 Abgeordnete. An der Spitze steht Deutschland mit 2327, infolge der vielen Landtage der Einzelstaaten. Dann folgt England, das mit Schottland 1844 Abgeordnete zählt, während Italien an 1060 Deputierte und Senatoren aufweist, die bekanntlich wenig zu regieren haben. In Frankreich kommt ein Gewählter auf 45 000 Wähler, in Polen ein Sejmabgeordneter auf 50 000 Wähler. In Deutschland entfällt auf 27 000 Einwohner ein Abgeordneter. In Belgien, Schweden, Norwegen, Portugal und Bulgarien kommt ein Volksrepräsentant auf 20 000 Einwohner. Die unruhige Kleinstaaterei wird sich in Deutschland nicht auf die Dauer aufrecht erhalten lassen. Daraus ergibt sich von selbst, daß die kleinen Landesparlamente verschwinden, um die gesetzgebende Arbeit den größeren oder dem Reichsparlament zu überlassen. Gegenüber der Vielzahl der Parlamentarier auf politischem Gebiete kommt das wirtschaftliche Parlament, der Reichswirtschaftsrat, schlecht weg.

Von der Keramikindustrie.

Die schlesische Geschäftslage. Die Breslauer Neuesten Nachrichten haben über die Lage der schlesischen Porzellanindustrie eigene Informationen eingeholt und berichten u. a.:

Die feinkeramische Industrie, und zwar sowohl Unternehmen, die einfache wie gutes Gebrauchsgeschirr herstellen, wie solche, deren Spezialgebiet die Produktion von Hoch- oder Niederdruckgeschirr, oder technischem Porzellan ist, befindet sich im niederschlesischen Revier zurzeit in sehr schwieriger Lage. Charakteristisch für die Fabrikationszweige ist die Unruhm der Absatzverhältnisse, weniger die allgemeine Kapitalnot. Obwohl die Preise für Geschirrporzellan gegen Ende 1925 um zirka zehn Prozent ermäßigt wurden, hatte diese Senkung so gut wie gar keine Wirkung auf den Absatzmarkt zur Folge. Nicht weniger ungünstig gestaltet sich aber die Exportlage. Die Hoffnungen, die man auf das amerikanische Geschäft setzte, erfüllten sich nicht. Der deutsch-polnische Zollkrieg wird mit seiner Geschirrporzellan-Einfuhrzölle gleichfalls sehr drückend empfunden, da der Absatz nach Kongressen und nach Oberösterreich in früheren Zeiten nicht unerheblich war. Polen besitzt in Schmiechow und Bogutschütz selbst Porzellanfabriken, die als Konkurrenz auftreten. Zu einer Belebung der Absatzlage für die niederschlesische feinkeramische Industrie hat auch die Beschäftigung der Leipziger Messe nicht beigetragen. So erklärt es sich, daß fast alle Porzellanfirmen des niederschlesischen Bezirks zu Arbeitsverlängerungen und Kurzarbeit gezwungen wurden und dort, wo wirklich noch voll gearbeitet wird, betrachtet man dies nur als einen vorübergehenden Zustand. Das, was zurzeit die Geschirrfabriken noch über Wasser hält, ist die Effektivierung der Frühjahrsaufträge, die von Gastwirten, Hotels und sonstigen Schankstätten wie alljährlich erteilt wurden. Auch das einzige schlesische Werk in Nieder-Salzbrunn, das Luxusgeschirr fertigt, dessen Spezialität Kobaltkeramik, Meißnerporzellan und handgemalte Stücke waren, hat sich bedauerlicherweise, mit Rücksicht auf die schlechte Absatzlage, zum größten Teil auf Gebrauchsgeschirr umstellen müssen. Mit ganz besonders schwierigen Verhältnissen hat das einzige Unternehmen, das Hochspannungsporzellan im Waldenburger Bezirk herstellt, zu ringen. Nachdem der Betrieb gegen Weihnachten 1925 fast völlig still lag, ermöglichte die Annahme von Aufträgen aus dem Rheinland und Süddeutschland die Wiedereinstellung von 140 bis zurzeit 300 Arbeitern, eine Belebung des Geschäfts, die aber nicht als eine dauernde betrachtet wird. Wie in den früheren Jahren macht sich für die niederschlesische Porzellanindustrie die thüringische und jüdische Konkurrenz sehr empfindlich geltend. Noch immer arbeitet diese mit wesentlich günstigeren Produktionsbedingungen. Die Rohstoffe liegen in ihrer nächsten Nähe und das Arbeitsmaterial ist wesentlich leistungsfähiger. Man sollte die schlechte Porzellanarbeiterschaft doch nicht als minder leistungsfähig hinstellen. R. v. A. Obwohl laut Reichstarif den schlesischen feinkeramischen Fabriken eine geringe Lohnermäßigung für Frauen zugestanden wurde, ist diese Differenz für die Gesamtbelastung unwesentlich. Nur in einer Senkung der Rohstoffpreise (Schmelz, Kaolin, Kohle) erblickt man die Möglichkeit, die Lage zu bessern — vor allem aber in einer Senkung der allgemeinen Kaufkraft.

Dividendenverteilung. „Keramag“, keramische Werke in Bonn, mit ihren Betrieben in Wessell, Ratingen und Florshiem verteilen aller Voraussicht nach 10 Proz. Dividende gegen 8 Prozent im Vorjahr. Der Börjenskeramag stieg von 88 Proz. im März auf 120 Proz. Mitte April. — Villeroy & Boch, keramische Werke A.-G. in Dresden bringt ihren Aktionären 10 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahr. Auf der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß im Jahre 1926 der Absatz in den Niederlassungen zurückgegangen sei. Die Finanzlage wurde als durchaus befriedigend bezeichnet. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Werke wären froh, wenn sie ihre Finanzlage wenigstens mal ein Jahr als befriedigend bezeichnen könnten.

Nachhaken. Die amerikanische Industrie ist bekanntlich der deutschen um Armeslänge voraus. Die deutsche Industrie will nun nachkommen und hinkt trotzdem stets hinterdrein. Sie muß die deutsche das macht, zeigt ein Beispiel: Das amerikanische Institut für feuerfeste Industrie beschloß, dem Reich ein jährliches Zuschuß von 15 000 Dollar für Untersuchungsarbeiten zu zahlen. Das läßt natürlich den Ehrgeiz der deutschen Wissenschaftler und Arbeiter erregen. Sie wollen doch die Amerikaner übertrumpfen und schon schickt Herr Dr. Felix Singer einen Schreibbrief an alle Keramiker, das deutsche Institut für feuerfeste Industrie, die dem Reichern Modernen Kaiser Wilhelm-Institut für Silikatforschung gegründet, durch viel Geld zu unterstützen. Anno 13 000 Mk. sind bis jetzt geteilt worden. Das mag ja jetzt ein Forschungsbeitrag zwischen deutschen und amerikanischen Silikatforschern werden, doch dazu, da die Deutschen einen so großen Haufen Geld zur Verfügung gestellt bekommen. Könnten die Deutschen nicht etwas früher aufstehen? Oder soll das Nachhaken die deutsche Eigenart werden?

Zuschuß für die Reichener Porzellanmanufaktur. Die schlesische Regierung ließ dem Landtag eine Vorlage zugehen, in den außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1926 einen neuen Titel über 2 210 000 Mk. als veranschlagten und rückzahlbaren Betriebszuschuß an die Porzellanmanufaktur Meißner einzusetzen. Ob der Titel genehmigt wird, bleibt abzuwarten, und selbst wenn er genehmigt wird, ist fraglich, ob dadurch die Manufaktur gehalten werden kann. Das ist außerordentlich bedauerlich für die Belegschaft.

Schutzollwünsche der Engländer. Die deutsche Industrie und Landwirtschaft sind deutschen Schutzollwünschen stets ge-

neigt gewesen und beeinflussten auch die Reichsgesetzgebung zu ihrem Gunsten. Im Ausland regen sich, angepornt durch deutsche Beispiele, ebenfalls Zollwünsche der Industriellen. Aus England kommt die Nachricht, daß die British Pottery Manufacturers' Federation dem Handelsamt einen Antrag vorgelegt hat auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, um einen Schutzoll auf Grund des Safeguarding-Gesetzes zu erreichen. Der Antrag trifft in erster Linie die deutsche Industrie. Der Antrag umfaßt außer Geschirrporzellan auch Kunst- und Luxus-Porzellan sowie Steingut aller Art.

Verwaltungsberichte.

Tiefenfurt. Nachdem die letzte Versammlung der Zahlstelle Tiefenfurt sich, soweit es möglich war, eingehend mit der Frage der Verschmelzung befaßt, nahm die Verwaltung der Zahlstelle erneut Stellung zu dieser Angelegenheit, und kam zu dem Resultat: „Trotzdem wir fast alle, wie schon immer, Anhänger einer Verschmelzung sind, müssen wir den Entschluß, wie er gegenwärtig vorliegt, der auf eine Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverbände hinausläuft, ablehnen, weil er unserer Organisation nicht das bringt, was eigentlich der Zweck der Verschmelzung sein muß, d. h. wir können eine Erhöhung unserer Kampfkraft nach dem uns vorliegenden Statut des Fabrikarbeiterverbandes

Zur Mitglieder-Abstimmung in der Verschmelzungsfrage.

Angeregt durch die Wünsche verschiedener Zahlstellen, die für die Diskussion gestakte Zeit zu verlängern, hat der Vorstand beschlossen, die bereits bis zum 1. Juni gestellte Abstimmungsfrist um 14 Tage zu verlängern. Die Abstimmungsregeln und -termine werden in nächster Nummer der „Ameise“ bekanntgegeben. Georg Wollmann.

nicht erkennen. Da wir nun an eine grundlegende Änderung des Statuts der Fabrikarbeiter nicht denken können, weil der neuaufrufende Keramische Bund innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes immer in der Minderheit bleiben wird, müssen wir die Verschmelzung ablehnen. Ein weiterer Grund für Ablehnung ist die Kürze der Zeit, mit der unsere Mitglieder sich in dieser äußerst wichtigen Organisationsfrage entscheiden sollen, anderenfalls auch vor eine vollendete Tatsache gestellt, Zeit zu ausgiebiger Diskussion also nicht mehr bleibt. Wir schließen uns also daher der von den Vertretern der Zahlstelle Dresden auf der Gaukonferenz am 2. April in Waunen eingebrachten und angenommenen Resolution voll und ganz an.

Ein weiterer Grund örtlicher Natur, der die Mitglieder der Zahlstelle Tiefenfurt zur Ablehnung bewegt, ist der Umstand, daß bei einer event. Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband eine Zahlstelle wie Tiefenfurt mit über 500 Mitgliedern kurzerhand aufgelöst werden soll. Was die organisierten Kollegen von Tiefenfurt in den 41 Jahren des Bestehens der Zahlstelle nach und nach innerhalb der Zahlstelle aufgebaut haben, soll vom Tage der Verschmelzung an anders werden. Wir wollen, daß das Selbstbestimmungsrecht innerhalb unserer Zahlstelle auch für die Zukunft unbedingt aufrechterhalten bleiben muß. (So läßt sich überhaupt keine Verschmelzung zustande bringen. Die Rev.)

Die Führung der Geschäfte der Zahlstelle würden bei Anschluß an die zu gründende Bezirkszahlstelle Kauscha äußerst erschwert werden, da Tiefenfurt von Kauscha beinahe 10 Kilometer entfernt liegt und Bahnverbindung nicht besteht. Die Zahlstelle Tiefenfurt wird aus diesen Gründen versuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die geplante Auflösung zu verhindern.

Wir bitten also im Falle einer Verschmelzung das bestehende Statut der Fabrikarbeiter, wonach Zahlstellen im Umkreise von 25 Kilometern zusammengelegt werden müssen, in bezug der Zahlstelle Tiefenfurt nicht in Anwendung zu bringen. Die Befürchtung, daß die Kollegen von Tiefenfurt in Zukunft auch in einer anderen Organisation die Verwaltung ihrer Zahlstelle nebenamtlich nicht mehr auszuführen imstande seien, dürfte in den vier Jahrzehnten des Bestehens der Zahlstelle Tiefenfurt ausreichend widerlegt sein.

Die Verwaltung der Zahlstelle Tiefenfurt.

Literarisches.

„Der Böhmerkreis“ hat als neuesten Band (6. Werk) eine Arbeit von Richard Wolbt: „Die Arbeitswelt der Technik“ herausgegeben. Für die Parteigenossen und Gewerkschaftler haben die Arbeiten von Wolbt immer die besondere Note gehabt, daß aus der Welt der Industrie dem Leser Einsichten vermittelt wurden, die für den Arbeiter bisher verschlossen geblieben sind. Diesen Vorzug hat auch das vorliegende Buch. Wolbt schildert uns Wesen und Werden der modernen Technik, und doch unterscheidet sich seine Unternehmung von den Arbeiten anderer technischer Fachschriftsteller. Das Buch kann von jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin gelesen werden, weil es keine technischen Spezialkenntnisse voraussetzt, denn es werden keine technisch-konstruktiven Einzelheiten aufgezeigt, sondern die großen Entwicklungslinien herausgearbeitet. Der erste Teil ist eine historische Darstellung. Die Technik wird verfolgt von ihren primitiven Anfängen über die empirische Periode hinein bis zu den rationalen Ausdrucksformen im technischen Schaffen unserer Tage. Als Sozialist sieht Wolbt in der heutigen Technik nur einen Niedererschlag kapitalistischer Geistes. So gelingt ihm eine Analyse kapitalistischer Wesensart. Wir kommen zum Verständnis der Zusammenhänge, der Rechenhaftigkeit und der Besonnenheit kapitalistischer Arbeitsformen.

Ein besonders reizvolles Kapitel ist der Abschnitt über die Kämpfe der „Maschinenstürmer“ gegen den technischen Fortschritt. Wolbt zeigt uns, weshalb die kapitalistische Einheit sieghaft sein konnte. Wir verschwandern in industrielle Arbeitsstätten im Fabrikhof am Hofen; wir lernen technisches Schauen. Die Maschine befreit uns von uns selbst und kapitalistischen Sinn. Im Mittelpunkt

aller Dinge aber steht der Mensch, der Arbeiter. Der Mensch und nicht die Naturkräfte durch die Technik und wird dann von der Technik selbst unterjocht. Zeit und Raum werden überwunden, der Kapitalismus formt sich nach seinem Willen das Weltleben, ruhelos jagt er über die Erde, das Leben der Mensch wird reicher an Sensationen, ärmer an Inhalt, schärfer seinen Gegensätzen, schwerer an Not und Widersprüchen. Aber ist es, um mit dem Verfasser zu sprechen, über die Technik zu philosophieren. Die Technik ist weder Fluch noch Segen, sondern entscheidend ist, was der Mensch selbst aus der Technik macht. Die Technik ist blind geboren. Die technische Entwicklung bekommt ihr Ziel durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit, durch den Machtkampf der Gesellschaften, durch die Organisation, die sich die Menschen in der Gesellschaft selbst geben. Mit dem Ausblick, daß nur in einer sozialistischen Gesellschaft die Technik den Menschen Glück Segen bringen wird, schließt Wolbt sein interessantes Werk mit dessen klare Darstellung wirksam unterstützt wird durch die Zeichnungen, die „Prommerg's“ Künstlerhand verständnisvoll geworfen hat. Ueberhaupt ist die Ausstattung des Buches Einband, Druck und Papier prachtvoll. „Der Böhmerkreis“, die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein schönes Buch gänzt, so daß die Mitgliedschaft im Böhmerkreis unbedingt empfohlen werden kann.

Wegen Aufnahme und Auskunft wende man sich an Hauptgeschäftsstelle „Der Böhmerkreis“, Berlin SW. 61, W. Alliance-Platz 6, oder an die örtlichen Zahlstellen (Vollständig).

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. III. Jahrgang, Heft 4, 1926, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1.— Mk. — Die Wirtschaftskrise, die seit dem Ausbruch des letzten Jahres die deutsche Wirtschaft lähmt, hat eine Massenarbeitslosigkeit im Gefolge gebracht, die zwar nicht die Gipfeln der letzten Monate des Jahres 1923 erreicht, aber doch eine katastrophale Ausdehnung gewonnen hat. In der „Arbeit“ sind in den letzten Monaten wiederholt die hier sich ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme eingehend gewürdigt worden. In dem vorliegenden Heft übernimmt es Dr. Ernst Berger, die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Industrien während des Winter 1925 bis 1926 eingehend darzustellen. Es ist nur mit einer allmählichen Besserung zu rechnen.

Eine bedeutsame Frage wird von Dr. Bruno Broeder einem Aufsatz „Arbeitslosigkeit und Arbeitskämpfe“ in ihrer grundsätzlichen Bedeutung für das Arbeitsnachweiseswesen wie die Arbeitslosenversicherung erörtert. Robert Michels bringt in Ausführungen über „Nation und Klasse“, in denen eine Kritik von Material verarbeitet ist, zum Abschluß. Zwei weitere Aufsätze befassen sich mit der Sozialgeschichte des Auslandes. Der Feder eines italienischen Verfassers, der — ein Zeichen für die Freiheit der Meinung im faschistischen Italien — seine Namen verschweigen muß, stammt eine anschauliche Darstellung des gewerkschaftsfeindlichen faschistischen Gesetzes über die „Arbeiterverbände“. Dr. Paul Oberg gibt einen Überblick über „Die russische Sozialgesetzgebung“ auf Grund des Arbeitsrechtbuches vom November 1922 und der späteren Dekrete und Bestimmungen aus den letzten Jahren.

Aus der Mundschau der „Arbeit“ sei diesmal besonders die weltwirtschaftliche Uebersicht von Dr. Frank vermieden, die auch als Beitrag zur Analyse der Wirtschaftskrise gewertet werden muß.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Branchenversammlung der Schuhmacher, Dienstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, bei H. Schlager, Wabbertstr. 21.

Spandau. Donnerstag, 13. Mai 1926, nachmittags 4 1/2 Uhr bei Windt, Wicheisdorferstr. 5a, Zahlstellensammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Die Verwaltung.

Adressenänderungen.

Köpenick. Schriftf. J. Dued jetzt Friedrich Ebertstr. 65.

Aufruf!

Unser Mitglied Theodor May, Dreher, ist seit vorigem Jahr krank und aus allen Krassen ausgezehrt. Da auch sein Sohn erwerbslos wurde, steigerte sich die Not des Kranken so sehr. Da die Zahlstelle Staffell nur klein ist, kann sie mit eigenen Mitteln nicht viel aufbringen; sie bittet deshalb die Kollegenschaft im Reich, zur Unterstützung von May ein Schreiben beizufügen. Gelder sind zu senden an Kurt Käppler, Staffell (Sahn), Coblenzstraße. Quittung erfolgt in „Ameise“.

Quittung.

Auf unseren Aufruf für die kranken Mitglieder Ernst Riedel, Richard Müller und Edmund Lange gingen folgende Unterstützungen ein: Arzberg 15.—; Breslau 10.—; Stalengsfeld, Annaburg, Tiefenfurt, Teltow, Blaue, Waldenburg, Golditz, Oberkoben, Magdeburg, Hennigsdorf, Rodach, Jureuth je 9.—; Kloster Weißdorf, Meuselwitz, Margarethenhain, Tettau, Freiberg, Schönwald, Neuenstein je 6.—; Reichshagen, Marktleschden, Suhl, Schlierbach b. Wächtl., Jecha b. Sondershausen je 5.—; Pirchenslamitz, Köpenick, Marktredwitz je 4.—; Insgesamt 212.— Mk.

Im Namen der drei kranken Kollegen sowie der Zahlstellen Zwidaun allen Gebern recht herzlichen Dank. Zahlstelle Zwidaun. S. A.: U. L. b. in Hofmann.

Für unsern kranken Kollegen Paul Wiczyk gingen folgende Beträge ein: Spandau 10.—; Arzberg 5.—; Marktredwitz 4.—; Freiberg, Stalengsfeld, Schönwald, Waldenburg, Golditz, Tiefenfurt, Fraureuth, Hennigsdorf, Annaburg, Kl. Weißdorf, Berlin, Magdeburg, Rodach, Walbershof, Oberkoben, Jecha je 3.—; Thiersheim, Eiterwerda, Meuselwitz, Köpenick, Teltow, Waldsassen, Schwaben je 2.— Mk. Insgesamt 81.— Mk.

Die Zahlstelle Teltow dankt im Namen des Kollegen Wiczyk für die Spenden aufs herzlichste. S. A.: Edmund Siegel, Kassierer, Teltow.

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/19)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Gold-Scheideanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/19)

Unverheirateter Porzellanmaler

mit Schrift, Rand, Fond, Grund und Staffage vertraut, für eine Privatmalerei bald gesucht. Ausführliche Offerten mit Gehaltsangabe erbeten. (21c)

E. Reinhold
Breslau 8, Klosterstr. 10.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Volksfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Junger, verheirateter Gießer, vertraut mit allen Arbeiten in der Gießerei und an sauberes Arbeiten gewöhnt, in Stellung. Wohnung nicht erwünscht. Angebote unter „A.“ an die „Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edmund Kenninger, Charlottenburg I, Wabbertstr. 2-5. — Berlin: Wilhelm Herden, Charlottenburg I, Wabbertstr. 2-5. — Druck: E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabethufer 24.